

Die Protestwelle 2012–2013: Gelegenheiten und Hindernisse für eine neue Linke im postsozialistischen Bulgarien

Mariya P. Ivancheva

Im letzten halben Jahrzehnt erlebte das post-sozialistische Bulgarien eine andauernde Welle an Protesten. Diese Proteste fanden parallel zu den weltweiten anti-neoliberalen Mobilisierungen gegen Austerität, Schulden und Unsicherheit statt, die vom arabischen Frühling über die Occupy Wall Street-Proteste bis hin zu den Protesten der *Indignados* reichten. Es könnte jedoch gefährlich und irreführend sein, die bulgarischen Proteste als Teil dieser Protestwelle zu interpretieren. In diesem Aufsatz versuche ich die Dynamik der Auseinandersetzung und das *Framing* der Proteste in Bulgarien bei drei Mobilisierungshöhepunkten zwischen 2012-2013 zu erklären. Erving Goffman konzeptualisierte *frames* als Interpretationsschemata, die es Individuen ermöglichen dem Geschehenen und den Phänomenen in ihrer nächsten sozialen Umgebung Sinn zu geben. In der Sozialen Bewegungsforschung wird die von David Snow und Robert Benford begründete *frame alignment theory* (2000) verwendet, um zeigen zu können, wie soziale Bewegungen Erfahrungen organisieren und kollektives Handeln lenken, um mögliche AnhängerInnen zu mobilisieren. Bewegungsakteure werden in diesem Ansatz als wichtig für die Produktion und Erhaltung der Protestbedeutung für TeilnehmerInnen, GegenspielerInnen und BeobachterInnen erachtet. *Frames* sind zwar meist im Einklang mit bedeutenden ideologischen Konzepten. Sie können aber auch auf materielle Ressourcen zurückgreifen, die Ideologien verstärken, ausweiten oder untergraben. Im Zuge der Herausarbeitung der *frames*, die während der Mobilisierungen von 2012 und 2013 in Bulgarien vorherrschten, zeige ich im Folgenden einige zentrale Charakteristika der politischen und gesellschaftlichen Landschaft des postsozialistischen Landes auf, die meiner Ansicht nach anti-neoliberale und antikapitalistische Forderungen ausschlossen.

Ich gehe davon aus, dass der Hauptgrund für diese geringe Bereitschaft zu anti-neoliberalen Forderungen in den sich gegenseitig verstärkenden Eigenschaften der bulgarischen Proteste liegt, die typisch für postsozialistische Länder sind: Erstens perpetuiert die Rückkehr oder die Beständigkeit starker neoliberaler Parteien an der Macht ein starkes „antikommunistisches“ *framing* der Proteste. Diese Parteien greifen zwar auf das symbolische Vermächtnis des Staatssozialismus zurück, sie zerstören die sozialistischen Wohlfahrtseinrichtungen allerdings mit großer Leidenschaft. Zusammen mit der generellen Krise der politischen Repräsentation und dem starken Aufstieg der extremen Rechten wird dadurch ebenso die Möglichkeit des Auftauchens einer neuen, authentischen Linken gestört. Zweitens hat das Dogma der „hart arbeitenden Mittelklasse“ - ein Hauptlogan während der Zeit des Übergangs zur liberalen Demokratie und der kapitalistischen Marktwirtschaft seit 1989 - klassenübergreifende Allianzen zwischen den ökonomisch Verletzbaren, schlecht Ausgebildeten und den hochqualifizierten ArbeiterInnen verunmöglicht. Zu guter Letzt wird in Anbetracht von Jahrzehnten neoliberaler Hegemonie im Land ein „gut funktionierender Kapitalismus“ als Lösung und nicht als Ursache der Prob-

leme von Verarmung, Verschuldung und Verunsicherung gesehen. Alle drei in Bulgarien vorherrschenden Motive machen es unmöglich, die Proteste in einem anti-neoliberalen oder antikapitalistischen Sinn zu deuten. Sie ziehen ebenso eine Grenze zwischen den parallel verlaufenden, aber nicht mit den bulgarischen Protesten zusammentreffenden weltweiten Protesten; eine Abgrenzung, die möglicherweise entscheidend ist in der aufkommenden Mobilisierung für einen globalen gesellschaftlichen Wandel.

Die Protestwelle entsteht

Seit 2007 erlebte Bulgarien kontinuierliche Protestwellen. Ausgelöst durch die weitläufige Bebauung von geschütztem Land fanden diese hauptsächlich in der Hauptstadt Sofia statt. Trotz des Schutzes von bulgarischen Naturgebieten durch die „Natura 2000“-Richtlinie der Europäischen Kommission wurden von der bulgarischen politischen Klasse und den profitsuchenden Firmen halblegale und nicht regulierte Bauvorhaben ausgehandelt. Wichtige Naturgebiete wurden in Betonwüsten verwandelt; Wasserquellen, Böden und natürliche Lebensräume wurden zerstört. Die Proteste gegen diese Bauvorhaben waren begleitet von Kampagnen gegen genetische modifizierte Organismen (GMOs), *fracking* von Schiefergas und dem ACTA-Abkommen. Es waren also vor allem wichtige Konsumgüter, die Gesundheit der Mittelklasse sowie ihr Zugang zu Bildung und Freizeit bedroht. Die Proteste erreichten ihren Höhepunkt im Juni 2012 als ein neues Forstgesetz im Parlament verabschiedet wurde. Die wichtigste Straße der Hauptstadt wurde für Tage besetzt. Unter dem Druck der Proteste verabschiedete die politische Klasse das Gesetz ohne die Klauseln, die das geschützte Land betrafen.

Ökologische AktivistInnen bezeichneten die Proteste als Erfolg. Aber ihr Kampf um die Natur war nicht eingebettet in Debatten über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus, die aus dieser Krise hätten entstehen können. Slogans gegen Oligarchie und Korruption verschleierten eine Debatte rund um ähnliche Praktiken in anderen Sektoren seit 1989. Im Zuge der schnellen Privatisierungen und der drakonischen Austeritätspolitik bauten die Regierungen der 1990er und 2000er Jahre die Infrastruktur und wohlfahrtstaatlichen Institutionen des ehemals sozialistischen Staates ab. Dies führte Millionen von BulgarInnen in Arbeitslosigkeit, Prekarität und armutsbedingter Migration. Die DemonstrantInnen gegen das Forstgesetz, *fracking*, ACTA und GMOs zeigten jedoch wenig Solidarität mit den LehrerInnen, AkademikerInnen, Studierenden, MinenarbeiterInnen, FabrikarbeiterInnen und FahrerInnen, die gleichzeitig demonstrierten, um sich gegen weitere Privatisierungen von Industrien, gegen Stellenabbau und für bessere Gehälter, soziale Sicherheiten und Serviceleistungen im öffentlich Sektor einzusetzen. Deren Proteste wurden durch die permanente Krise ausgelöst, die die neoliberale Austeritätspolitik der aufeinanderfolgenden Regierungen in Bulgarien bereits einige Zeit vor der Weltwirtschaftskrise von 2008ff. eingeführt hatten. Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen diesen zwei Protesten hätte einen signifikanten Schritt in Richtung eines gesellschaftlichen Wandels darstellen können und einen klassenübergreifenden Dialog über mögliche Alternativen. Während die ArbeiterInnen die Unterstützung von breiten Schichten der Gesellschaft suchten, bestanden die UmweltaktivistInnen jedoch auf Ein-Themen-Kampagnen.

Bereits in den frühen 1990ern kam es in Bulgarien zu einer großen Landreform. In den späten 1990er Jahren folgten eine Bankenkrise, hohe Inflation und ein Regierungswechsel – 1997 nahm die neoliberale Regierung einen Kredit des IWF auf. Darauf folg-

ten großangelegte Privatisierungen von Industriesektoren und Dienstleistungen. Die makroökonomische Stabilität wurde zwar wieder hergestellt, aber die Krise der täglichen Subsistenz vertiefte sich weiter. Zwei Millionen MigrantInnen hinterließen ein Land mit einer wachsenden Anzahl leerer Dörfer, einem großen grauen Markt und vielen PensionistInnen und Menschen unter der Armutsgrenze, die unter Hunger und Kälte litten. Vor 2008 stützte sich das Wachstum hauptsächlich auf ausländische Direktinvestitionen und Kreditausweitungen (die Immobilienblase von 2005-2008). Die Krise von 2008 wirkte sich vor allem auf den Rückgang ausländischer Direktinvestitionen, den schrumpfenden Immobilienmarkt und den Rückgang des BIPs aus (Danova 2011; Global Property Guide 2013). Unternehmen und private SchuldnerInnen waren betroffen; die Entlassung von 360.000 BulgarInnen führte zu einem Anstieg der Arbeitslosenrate, mittlerweile einer der höchsten in der EU (Novinite 2013). Die Regierung versuchte die Wirtschaftsprobleme durch Budgetkürzungen, Privatisierungen und mit „fiskaler Disziplin“ (Djankov 2012) zu lösen. Trotz der großen sozialen Einschnitte gab es keinen größeren, sichtbaren Protest; jedenfalls bis die Elektrizitätspreise erhöht wurden. UmweltaktivistInnen und Menschen mit Zugang zu materiellen Ressourcen und Einflussmöglichkeiten ignorierten diese Themen weiterhin und sahen sie als irrelevant für ihre Anliegen an.

Trotz der strukturellen Umstände und der Verwendung eines von Occupy Wall Street und anderen Anti-Austeritätsprotesten inspirierten Slogans, sahen bulgarische UmweltaktivistInnen den Kapitalismus nicht als Problem an: Da sie sich als „antikommunistisch“ bezeichneten, wurde der Kapitalismus nicht in seiner weltweiten Manifestation als problematisch angesehen, sondern in seiner lokalen „orientalischen“ Version, da dieser den Konsum und das Vergnügen der hart arbeitenden Mittelklasse störe. Im Sommer 2012 ignorierten die UmweltaktivistInnen daher zwei entscheidende Gelegenheiten sich mit Menschen auseinanderzusetzen, die sich nicht um Konsum, Muße und das langfristige ökologische Überleben kümmern konnten, sondern über die Runden kommen wollten. Sie ignorierten die Gegenproteste von Bauern und Bäuerinnen in den Schutzgebieten, für die Entwicklungsprojekte Jobs und ökonomisches Überleben bedeuteten. Die UmweltaktivistInnen verabsäumten es weiters die Erhöhung der Elektrizitätspreise um 13% anzugreifen, die zeitgleich zu ihren Protesten in Sofia stattfand. Diese Erhöhung bedeutete, dass eine halbe Monatspension oder der halbe Mindestlohn von Millionen von BulgarInnen an privatisierte Energieunternehmen floss.

„Zivile“ gegen soziale Anliegen

Während niemand im Sommer 2012 das Thema der hohen Energiepreise ernst nahm, zahlten alle BulgarInnen im Winter 2013 einen hohen Preis für ihr Versäumnis auf die Erhöhung zu reagieren. Im Jänner erwachte das Land mit enormen Energierechnungen, die nicht mehr bezahlt werden konnten. Die vermehrten Suizid- und Todesfälle älterer Menschen erreichten ihren Höhepunkt in sieben Selbstverstümmelungen von Arbeitslosen und ArbeiterInnen. Die Rechnungen und die Todesfälle führten im Februar 2013 zu Protesten im ganzen Land. Die Protestierenden waren hauptsächlich durchschnittliche BulgarInnen, Männer und Frauen im mittleren Alter, junge Paare mit Kindern und Studierende, sowie einige rechtsextreme Fußballhooligans. Mit unterschiedlichen Protestmitteln kritisierten sie die gestiegenen Energiepreise, die schlechten Lebensstandards und die eklatante Korruption. Die Umweltbewegungen des Sommer 2012 schlossen sich den Protesten nicht in großer Zahl an, obwohl auch sie über die Winterzeit protestierten – al-

lerdings gegen das geplante Kernkraftwerk in Belene und gegen ein neues Gesetz, dass das alte Forstgesetz ausmanövrieren sollte. In der Hoffnung auf neue Konzessionen bestanden die UmweltaktivistInnen darauf, dass nicht die ganze Regierung, sondern lediglich der Umweltminister zurücktreten sollte. Sie wollten sich nicht am Kampf gegen den Preisanstieg beteiligen, weil sie aus „zivilen“ und nicht sozialen Gründen kämpften: Für sie stellten der Schutz und die Rettung des bulgarischen Waldes ein Anliegen der „Zivilgesellschaft“ dar. Wohlfahrt, ArbeiterInnenrechte und der Zugang zu Leistungen, wurden als soziale und somit für sie irrelevante Anliegen erachtet.

Die kontraproduktive Spaltung zwischen zivilen und sozialen Anliegen wurde auch beim nächsten Protesthöhepunkt im Sommer 2013 reproduziert, als „zivil“ in „moralisch“ umbenannt wurde. Im Februar 2013 trat die Mitte-Rechts-Regierung der GERB zurück und wurde durch eine ähnlich neoliberale Regierung bestehend aus der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), der Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS, repräsentiert die türkische Minderheit) und der rechtsextremen Partei Ataka ersetzt. Diese offensichtlich paradoxe Koalition zwischen SozialdemokratInnen, um eine ethnische Minderheit gruppierten Liberalen und einer rechtsextremen Partei ist völlig im Einklang mit der Tradition der bulgarischen Politik seit 1989: Parteien von scheinbar unterschiedlichen Teilen des politischen Spektrums koalitierten im Interesse globaler Machtblöcke und lokalen kapitalistischen Eliten. Die BSP, eine oligarchische Struktur mit Wurzeln in der *nomenklatura* der sozialistischen Zeit, und ihre postsozialistischen, nationalen und transnationalen Verbündeten, wählten Plamen Oresharki – den Finanzminister von zwei früheren Regierungen, der sowohl als links wie auch als rechts gerichtet gilt – zum Vorsitzenden der Koalition.

Die Bulgarische Sozialistische Partei ist quasi die alte „reformierte“ kommunistische Partei mit neuem Namen. Anders als in Ländern, in denen die kommunistische Partei ihre Macht nach 1989 durch Aufstände oder freie Wahlen verloren hatten, blieb die BSP nach 1989 an der Macht, umbenannt von kommunistisch in sozialistisch. Sie gab ihre marxistische Ausrichtung auf, behauptete aber, sie stelle eine „linke Volkspartei“ dar. Sie gewann die ersten freien Wahlen 1991 und verlor dann aber die Macht nach einer kurz darauffolgenden ökonomischen Krise. Seitdem blieb sie jedoch als stärkste oder zweitstärkste Partei im Parlament, mit permanenter Wahlunterstützung von BulgarInnen aus Kleinstädten und Dörfern und von älteren Menschen. In den Zeiten als die BSP an der Macht war – allein (1990-92, 1994-97), in einer Dreierkoalition mit der DPS und der Partei des früheren Zaren (NDSV) (2005-2009) - zeigte sich, dass sie alles nur keine linksgerichtete Partei war. Sie setzte sich für die europäische und nordatlantische Integration und eine fortgeführte Unterwürfigkeit der bulgarischen Ökonomie unter die wirtschaftlichen Interessen der EU und Russlands ein. Sie verfocht die Interessen einer starken Mittelklasse und vermied sogar sozialdemokratische Kernthemen wie Regulierung, Umverteilung und Wohlfahrtsstaat. Sie führte die Einheitssteuer (*flat tax*) ein, privatisierte Schlüsselindustrien, Dienstleistungen und Gemeinschaftsgüter wie Wasser und Elektrizität. Große Kapitalnetzwerke mit einem Naheverhältnis zur Partei akkumulierten ein bedeutendes ökonomisches Kapital, indem sie Geld des staatlichen und des EU-Strukturfonds aus Bulgarien in Offshore-Unternehmen und Banken umleiteten: kaum ein soziales Anliegen also.

Winter- gegen Sommerproteste: eine „Mittelklasse“ kommt zu Bewusstsein?

Die versprochenen sozialen Reformen des neuen Regierungschef Oresharski konnten die moralische Entrüstung von vielen AntikommunistInnen und Menschen, die müde von allen Parteien seit der Transition waren, nicht unterdrücken. Erstere fürchteten, dass sich Bulgarien bei der Rückkehr der BSP an die Macht russischen Interessen unterordnen und die Korruption weitergehen würde. Interessanterweise wurde die Angst vor Machtblöcken jenseits Russlands (wie der EU) fast völlig ausgeblendet. Für die anderen wurde das Misstrauen gegenüber der neuen Regierung durch die wachsende Krise der politischen Repräsentation und dem offensichtlichen Mangel an einem politischen und ökonomischen Programm zum Füllen der leeren Staatskassen unterfüttert. Fortlaufende Bestellungen von oligarchischen Personen in wichtige Ämter ließen den Vertrauensvorsprung der Regierung ebenfalls schnell verschwinden. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Wahl von Delyan Peevski zum Leiter der Agentur für Staatssicherheit (DANS). In den Augen der meisten BulgarInnen war der gewählte Minister Peevski – ein Medienmonopolist und Nutznießer von dubiosen Privatisierungsgeschäften der Hafen Warna AG und des Tabakunternehmens Bulgartabak – die Inkarnation der Korruption. Selbst als er zurücktrat, gingen die Menschen weiterhin täglich auf die Straße, um den Rücktritt von Oresharski zu fordern. Dabei bezeichnen sie die neoliberale BSP als „kommunistisch“, ignorieren und verspotten aber die Gegenproteste, die die (noch immer nicht erfüllten) kosmetischen Reformen unterstützen. Sie sehen sie als kleines einsames Licht am Ende eines langen tiefen Tunnels der Not.

Die Proteste im Sommer von 2012 und 2013 und der dazwischenliegenden Winter scheinen Teil der gleichen Protestwelle zu sein. Weil sie zeitlich mit den Protesten in Griechenland, Rumänien, Slowenien, Türkei und Ukraine zusammenfielen, wurden sie auch als Teil einer längeren Welle des globalen Protests gegen Austerität und Privatisierung interpretiert. Aber die Realität vor Ort war viel komplexer: Während die Proteste im Winter getragen wurden von Menschen, die in der ökonomischen Krise unter Armut und Mangel litten, waren die Proteste im Sommer 2012 und 2013 geprägt von moralischer Panik gegen oligarchische und illiberale Kräfte, die das Land regieren. Während beide Proteste sich gegen die Übernahme des Staates durch oligarchische Netzwerke aussprachen, artikulierten die Proteste im Winter einige antikapitalistische Forderungen nach Sicherheit und Gleichheit, die die Sommerproteste jedoch verwässerten und auf den Anspruch auf demokratische Freiheiten reduzierten. Anstatt sie als das zu sehen, was sie ist – eine typische staatliche Elite, die die Interessen des Großkapitals vertritt – wird die bulgarische neoliberale Oligarchie als „kommunistisch“ wahrgenommen. Jeder Widerspruch gegen sie müsse daher entweder antikommunistisch sein oder er wäre ungültig und nutzlos. Dementsprechend erklärte sich die neu etablierte „Mittelklasse“ – also die Menschen die über die Runden kommen – als antikommunistisch.

Dementsprechend versuchten auch die liberalen Medien die zwei Bewegungen zu spalten und als inkompatibel zu deklarieren. Und das obwohl viele BulgarInnen, die im Winter 2013 auf die Straße gingen auch im Sommer protestierten. Dazu übernahmen sie das Dogma der „Mittelklasse“ aus den Protesten vom Sommer 2012. Dieses Motiv blendete die Realität der Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen eines der ärmsten EU-Länder aus, die mit diesem kaum über die Runden kommen. Die Rhetorik der „Mittelklasse“ blieb aber in den lokalen Narrativen präsent. Wie schon im Jahr zuvor wurde im Sommer 2013 darauf zurückgegriffen, „zivilgesellschaftliche“ Anliegen der „Werte“ gegen

die „sozialen“ Anliegen des „Verhungern“ zu stellen. Intellektuelle auf Seiten der Sommerproteste behaupteten, dass die Trennung zwischen Winter und Sommer eine Trennung zwischen „denen, die lesen, und denen, die nicht lesen“ wäre; also zwischen denen, die europäische zivilisatorische Werte verstehen, und denen, die es nicht tun; zwischen „den Armen“ und „den moralische Empörten“; zwischen denen, die Rechnungen und Steuern zahlen können, und denen, die es nicht können. Während die BSP mit problematischen rechtlichen Bestimmungen, wie einem Milizgesetz, dem Verbot von sozialen Protesten und das Großkapital begünstigenden Korruptionsprogrammen fortfuhr, schreckten die Sommer-DemonstrantInnen davor zurück, sozialen Probleme, wie „Armut“, „Ungleichheit“ und „Migration“ anzusprechen und verspotteten diejenigen, die es taten.

Guter gegen bösen Kapitalismus?

Die ökonomischen Forderungen der Protestierenden sowohl im Winter als auch im Sommer blieben eher unklar und in sich widersprüchlich. Die Proteste im Winter berücksichtigten zwar eine Antiprivatisierungsrhetorik. Doch sobald die Schlüsselforderung für ein „Ende des Monopols“ aufgestellt war, wurde klar, dass für die Mehrheit der Menschen die nicht ausreichend privatisierten Energieunternehmen den Hauptgrund der hohen Energiepreise darstellen. Sie sahen über die Tatsache hinweg, dass die Preise mittels Kartellabsprachen hoch gehalten wurden und nicht durch die Regierung reguliert waren. Was die politische Forderungen betraf, so unterschieden sie sich in den Sommer- und Winterproteste nicht sonderlich. Sie artikulierten unvereinbare Forderungen: ExpertInnenregierungen, Mehrheitswahlrecht und direkte Demokratie wurden allesamt gefordert. In den Sommerprotesten von 2012 und 2013 wurden Privatisierungen nur dann als falsch angesehen, wenn sie Schutzgebiete betrafen oder nicht transparent abliefen. Grüner Kapitalismus, grüne Energie, niedrige Steuern für Reiche und eine schnelle reibungslose Privatisierung für ehrliche und moralische KapitalistInnen stellten einige der zentralen Forderungen dar, die in den Sommerprotesten erhoben wurden. Das einzige Dokument, auf das sich die DemonstrantInnen scheinbar einigen könnten, war die sogenannte Charter 2013. Unterzeichnet von zahlreichen liberalen Intellektuellen und benannt nach der tschechoslowakischen, antikommunistischen Charter 77 forderte dieses Dokument Veränderungen im Gerichtswesen, um OligarchInnen hinter Gitter zu bringen. Ökonomische Forderungen wurden in der Charter 2013 jedoch nicht aufgestellt.

Interessanterweise forderten dieselben Menschen, die im Sommer 2012 auf „Ein-Themen-Kampagnen“ beharrten, jetzt das Gegenteil: die einzige Forderung der DemonstrantInnen war „Rücktritt!“ („Ostavka!“). Es wurden jedoch keine Alternativen entwickelt, mit der Ausnahme einer Wahlreform, die die Professionalisierung des Wahlrats vorsah und – in einigen allgemein unterstützten Versionen – eine BürgerInnenquote vorschlug. Die Worte „Ungleichheit“, „Armut“ und „Ökonomie“ wurden von den VertreterInnen der Proteste jedoch weiter nicht in den Mund genommen; außer in seltenen Fällen, um den allgemeinen Glauben an den freien Markt wieder zu stärken. Wie ein Mitglied des neugeformierten „Protest Network“ – ein loses Netzwerk von SchlüsselaktivistInnen, hauptsächlich Bloggern und NGO-MitarbeiterInnen, die die Proteste von Beginn an begleiten – es bei einer Tagung in Graz ausdrückte: *„Wir hatten einmal diesen einen Fall: LGBT-AktivistInnen und NationalistInnen beklagten die jeweilige Präsenz des anderen auf den Protesten. Ich habe beiden Gruppen gesagt: ‚Schaut, wir sind hier, um die Regierung zu stürzen, also immer mit der Ruhe, wir arbeiten alle für ein gemeinsames Ziel.“* Was danach kommt, also

nachdem das gemeinsame Ziel erreicht wird, bleibt allerdings ein Geheimnis. Selbst VertreterInnen in öffentlichen Debatten haben in dieser Frage keinen Fortschritt erzielt und behaupten stattdessen, dass die Tatsache, dass keine Alternativen vorhanden sind, kein Argument gegen sie wäre.

Als sich die Proteste im Herbst 2013 langsam auflösten, besetzten Studierende sechs Universitäten im Land. Die Studierendenproteste begannen mit der Forderung nach dem Rücktritt der Regierung und des Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, der im Oktober Delyan Peevski wieder als Abgeordneten eingesetzt hatte. Die Studierenden widerstanden dem gesellschaftlichen Druck (vor allem von Seiten der politischen Rechten) und initiierten Diskussionsforen, um eigene Analysen und Lösungen zu entwickeln. Ihre – ähnlich der Charter 2013 – ursprünglich verwässerten Forderungen radikalisierten sich bald. Sie versammelten 20.000 Menschen in Sofia unter dem Motto: „*Wir sind heute hier, weil wir nicht in einem Land leben wollen, in dem ein Rentner eine Pension erhält vom Wert einer Mahlzeit eines Millionärs ... wir sind heute auf den Straßen, damit wir keine Bettler mehr sind.*“ Sie forderten freie Bildung, die kritisches Denken fördert. Darüber hinaus klärten sie den diskursiven und politischen Raum ein wenig auf, in dem sie mit den Bezeichnungen „links“ und „rechts“ nicht mehr auf die alten „kommunistischen“ und „antikommunistischen“ Referenzpunkte Bezug nahmen. Einige KommentatorInnen erklärten zum ersten Mal offen, dass die BSP keine Linke darstellte, und wünschten sich eine neue linke Partei. Die studentischen Diskussionen finden noch immer statt, obwohl die Besetzung sich teilweise auf die Aula der Universität zurückgezogen hat.

Im Moment ist es nicht so schwer sich vorzustellen, dass eine neue linke Partei entstehen kann. Während die kleine intellektuelle und aktivistische *Neue Linke* sich vorwiegend aus der politischen Mobilisierung herausgehalten hat und sich vorwiegend an den intellektuellen Diskussionen beteiligte, sind sowohl in der NGO- als auch in der Parteiszene einige neue Akteure aufgetaucht: Zwei in dem Sinn vielversprechende Akteure sind die *Bulgarische Linke Partei* (Mitglied der europäischen Linken) und die NGO *Solidary Bulgaria*. Beide starteten als Abspaltung der BSP. Die *Bulgarische Linke* wurde von Iliya Bozhinov gegründet – einem früheren Mitglied der BSP, durch dessen frühen Tod wenige Monate nach der Gründung der Partei ist die Führungsfrage derzeit jedoch schwierig. Zusätzlich blieb die *Bulgarische Linke* in den Medien mehr oder weniger isoliert und dadurch abhängig von ihren Netzwerken innerhalb der BSP-UnterstützerInnen, die noch immer die alte „sozialistische“ Partei am Wahltag ankreuzen. *Solidary Bulgaria* auf der anderen Seite setzten sich aus Teilen der Jugend der BSP und einer Anzahl von JournalistInnen aus BSP-nahen Medien zusammen. Sie waren MeinungsführerInnen und sind jetzt eine politische Pressuregroup, die hauptsächlich innerhalb der politischen und organisatorischen Netzwerke der BSP arbeitet. Während sie die BSP als rechtsgerichtete Partei ablehnen und eine klare sozialdemokratische Linie fahren, schrecken sie trotzdem davor zurück offen eine radikale Kritik an der BSP als Eigentümer von Großkapital zu formulieren.

Gelegenheiten und Hindernisse: Eine echte Linke gegen Rechtsaußen?

Während die neue Linke sich möglicherweise zu langsam formiert, radikalisierte sich das Spektrum Rechtsaußen im Zuge einer wachsenden Flüchtlingswelle im September 2013. Seit Anfang November sah sich das Land mit einem Anstieg ethnischer Gewalt konfrontiert. Eine zwanzigjährige Politikwissenschaftsstudentin von der Universität Sofia wurde während eines Überfalls auf ihr Geschäft mit einem Messer attackiert. Nachdem der Täter

mehr als zehnmal zustach, floh er und ließ die Frau schwer verletzt liegen. Sofort wurde berichtet, der Mann sei arabischer Herkunft. Ähnliches fand in der gleichen Nacht in Griechenland statt, als zwei Mitglieder der faschistischen Goldenen Morgenröte erschossen wurden. Bald sickerte durch, dass das Mädchen die rechtsextreme Partei VMRO-BND unterstützt hatte, die im Herbst zuvor gedroht hatte, die türkisch-bulgarische Grenze zu blockieren, um Flüchtlinge an der Einreise zu hindern. Die VMRO-BND nutzte die Möglichkeit, um Einfluss zu gewinnen. Ihr Vizevorstand Angel Dzambazki stellte ein Ultimatum und drohte, dass die Behörden entweder „Kriminelle ... ökonomische Migranten“ aus Sofia entferne oder „die Menschen die Sache in ihre eigenen Hände nehmen würden.“ Die Worte Dzambazki bedeuteten eine Kriegserklärung gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und türkische sowie Roma stämmige BulgarInnen. Allein im letzten Monat fanden sieben größere Zwischenfälle statt (Amnesty International 2013).

Die Gewaltdrohung wurde von den UnterstützerInnen der VMRO-BND und anderen BulgarInnen wörtlich genommen. Für sie bedeuteten mehr Flüchtlinge nur, dass ihnen mehr staatliche Ressourcen und Jobs weggenommen würden. Die rechtsextremen Angriffe brachten viele Leute ins Krankenhaus und verbreiteten bei vielen eine große Angst um ihr Leben, das unter den harten Bedingungen des Flüchtlingsdaseins in Bulgarien bereits auf ein Minimum reduziert war. Die Situation eskalierte weiter, als zwei neue rechtsextreme Skinhead- und *white-supremacists*-Gruppen Mitte November die Registrierung herausforderten. Zusammen mit älteren rechtsextremen Akteuren wie der VMRO organisierten sie Patrouillen, die vor den Augen der Polizei Dokumente und Ausweise von PassantInnen auf den größten Straßen Sofias kontrollierten. Die bulgarischen Institutionen haben auf diese Aktion nur schwerfällig reagiert und die Regierung blieb still. Allerdings sah das neue Milizgesetz „selbstorganisierte Patrouillen“ als Teil der legitimen Gewalt im Land vor. Eine Reihe von liberalen NGOs und Intellektuellen versuchten langsam gegen diese Patrouillen zu mobilisieren. Doch ihre Durchsetzungsfähigkeit war beeinträchtigt: Sie wurden als Personen angesehen, die zwar Minderheiten unterstützen, aber keine tatsächlichen Alternativen zu den Verstößen gegen ArbeiterInnen- und Menschenrechte gegen gewöhnliche BulgarInnen formulieren. Sie haben trotz ihrer moralischen Empörung der populistischen, nationalen und rassistischen Bewegung den Weg geebnet, die „ethnische BulgarInnen“ gegen „die ausländische Gefahr“ verteidigen will und die Aufmerksamkeit von dem Machtmissbrauch der BSP ablenkt.

Eine wichtige Lektion der letzten Zeit ist, dass die extreme Rechte zwar immer brutaler vorging, sie es aber gleichzeitig geschafft hat über die Grenzen der Hauptstadt hinweg bürgernah zu agieren. Die Rechte hat sich ebenso bei der Artikulation von anti-neoliberalen und antikapitalistischen, sozialen und ökonomischen Alternativen übertraffen. Im Interesse der „ethnisch reinen BulgarInnen“ übernahmen sie traditionell linke Forderungen und stellten die zukünftige Linke vor eine wahre Herausforderung. Sie nutzten die Amnesie von den 23 Jahren des Übergangs zur liberalen Demokratie und der kapitalistischen Marktwirtschaft, die die politische Vorstellungskraft, das Repertoire und die Sprache der DemonstrantInnen ausgehöhlt hatte. Das vorherrschende *framing* der neoliberalen kapitalistischen BSP als „kommunistisch“ schützte die extremen Rechte umso mehr davor, dass die Linke ihre Hegemonie angreifen könnte. Die hegemonialen Begriffe der „Mittelklasse“ und der „guten KapitalistInnen“ verhindern, dass die Protestierenden Koalitionen schmieden können mit denen, auf die die Rechtsextremen abzielen: diejenigen, die nicht unter moralischer, sondern unter ökonomischer Deprivation leiden. Deshalb ist es die einzige Chance der bulgarischen Proteste, einen neuen *frame* zu finden, der mit einer

breiteren WählerInnenschaft in Einklang steht. Eine Aufgabe, die erfordert, dass die periphere Mächtigen-Elite Basisarbeit macht, soziale Anliegen formuliert und das frühe Transitions-Utopia einer globalen kapitalistischen Prosperität fallen lässt.

Literatur

- Amnesty International (2013) Bulgaria Must Rein in Xenophobic and Racist Violence after Seven Attacks in a Month (<https://www.amnesty.org/en/news/bulgaria-must-rein-xenophobic-and-racist-violence-after-seven-attacks-month-2013-12-02>).
- Benford, Robert D., und David A. Snow (2000) Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology 26, no. 1 (August 2000), 611–639. doi:10.1146/annurev.soc.26.1.611.
- Danova, Polina (2011) Bulgaria: Overview of Foreign Direct Investment (<http://goaleurope.com/2011/07/22/bulgaria-overview-of-foreign-direct-investment/>).
- Djankov, Simeon (2012) Bulgariens Finanzminister: Nationales Denken beherrscht EU (<http://kurier.at/politik/bulgariens-finanzminister-nationales-denken-beherrscht-eu/804.237>).
- Global Property Guide (2013) Bulgaria's Housing Market Stagnating (<http://www.globalpropertyguide.com/Europe/Bulgaria/Price-History>).
- Goffman, Erving (1986) Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience. Northeastern University Press ed. Boston: Northeastern University Press.
- Novinite (2013) "Bulgaria Lost 360 000 Jobs since 2008, Industrial Association Estimates." Accessed December 19, 2013. http://www.novinite.com/view_news.php?id=147953.

Übersetzung aus dem Englischen: Philipp Probst, Julia Hofmann